

Der Bundesminister für Arbeit

Bonn, den 3. Dezember 1951

Ia5 - 885/51 -

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Anfrage Nr. 231 der Fraktion der SPD
- Nr. 2826 der Drucksachen -
Regionale Europäische Konferenz
der Internationalen Arbeitsorganisation

Zu der Anfrage der Fraktion der SPD nehme ich wie folgt Stellung:

Der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung ist auf Grund einer Entschließung seiner Vollversammlung vom 20. September 1951 an die Bundesregierung mit dem Vorschlag herangetreten, bei dem Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation die Einberufung einer Regionalen Europäischen Arbeitskonferenz zu beantragen.

Der „Deutsche Rat“ will mit diesem Vorschlag erreichen, daß bestimmte sozialpolitische Fragen, insbesondere eine Konvention über Mindestnormen der sozialen Sicherheit, nicht in dem kleineren Rahmen des Europarats, sondern auf einer Konferenz der europäischen Mitgliedstaaten der IAO behandelt werden, so daß auch andere europäische Staaten, die nicht dem Europarat angehören, wie Österreich, die Schweiz und einige Staaten Osteuropas einbezogen würden.

Nach mündlichen Mitteilungen hat sich der Verwaltungsrat auf seiner November-Tagung bereits mit der Angelegenheit befaßt. Das Protokoll dieser Tagung liegt noch nicht vor, ist aber in Kürze zu erwarten.

Die Bundesregierung darf sich vorbehalten, dem Bundestag abschließend zu berichten, sobald das Protokoll vorliegt.

Storch